

Vorn unter Allgemeines zu § 38

Änderung:

Überarbeitung nach gründlichem Durchdenken u. a. der Anforderungen aus Art. 16 EB-VO und des zweischrittigen Verfahrens der Regelreservebeschaffung.

Begründung:

Das Verhältnis des Titels III zu den Modalitäten in den Titeln I und II ist weitgehend unklar, nur punktuell ist auf einzelne Bestimmungen verwiesen. Inwieweit gelten die Titel I und II ergänzend? Für welche Regelungen ist das richtig und sinnvoll?

Im Detail:

Abs. 1 Buchst. a) bedarf der Anpassung, wenn Art. 16 Abs. 3, 4 und 6 EB-VO ergeben, dass Regelleistungsgebote keine Arbeitspreise umfassen (siehe ausführliche Begründung zur Änderung in § 20 Abs. 8 bzw. § 29 Abs. 6).

Bedeutet in Abs. 5 Buchst. b) „können bis zum Zeitpunkt der Schließung des Regelarbeitsmarkts vom ÜNB zum Redispatch herangezogen werden“, dass Redispatch-Maßnahmen spätestens eine Stunde vor Beginn der Produktzeitscheibe beendet sein müssen? Nur dann ist die Bestimmung erträglich, weil die Regelung in Buchst. b) nur ausnahmsweise zur Anwendung käme.

In Abs. 6 ist der erste Satz fehlerhaft. Die „Regelleistungsgebote“ sind irrelevant. 1. Zu den Regelleistungsangeboten zählen auch die nicht bezuschlagten. 2. Falls – entgegen der vom VGB vertretenen Auslegung von Art. 16 EB-VO – die Regelleistungsgebote überhaupt einen Arbeitspreis umfassen, sind diese irrelevant, da nach Art. 16 Abs. 4 EB-VO für alle erfolgreichen Regelleistungsgebote ein Regelarbeitsgebot abgegeben werden muss. Dieses obligatorische Regelarbeitsgebot macht Arbeitspreise in Regelleistungsgeboten obsolet.

Nach Abs. 7 folgt der Abruf der Regelarbeit „einer gesonderten Liste, die aus den nach Artikel [richtig: §] 38 Abs. 6 bezuschlagten Angeboten besteht“. Dies steht im Gegensatz zu § 27 Abs. 1 Satz 1 und § 36 Abs. 1 Satz 1, in denen von „einer gesonderten Liste, die aus bezuschlagten Angeboten aus Regelleistung und Regelarbeitsmarkt besteht“ die Rede ist.

In Abs. 8 kann sich die Freisetzung nicht auf Gebote für Regelleistung beziehen, sondern nur auf beschaffte (kontrahierte) Regelleistung. Die erfolglosen Regelleistungsgebote sind bereits mit der Vergabe frei geworden. Die Regelung ist aber überflüssig, da nach Art. 16 Abs. 4 EB-VO für alle erfolgreichen Regelleistungsgebote ein Regelarbeitsgebot abgegeben werden muss, folglich die Betrachtung der Regelarbeitsgebote genügt.

Abs. 9 könnte zwar im Ansatz funktionieren, sofern die „initialen Gebote der vortäglichen Leistungsausschreibung“ Arbeitspreise umfassen. Jedoch stehen weder die erfolglosen Gebote noch die nach Abs. 8 frei gesetzten dem ÜNB noch zur Verfügung. Das in Art. 28 EB-VO vorgesehene Backup-Verfahren rechtfertigt keinen Verstoß gegen Art. 16 Abs. 3, 4 und 6 EB-VO. Alternativlosigkeit ist von den ÜNB nicht dargelegt.

Begründung zur Änderung in § 20 Abs. 8 und § 29 Abs. 6

Die Vergabe auch nach dem (gewichteten) Arbeitspreis dürfte Bestimmungen der EB-VO nicht genügen. Zugleich widerspricht sie der Erläuterung der ÜNB zu § 38 Abs. 9, wonach der Arbeitspreis „kein Vergabekriterium am Regelleistungsmarkt ist.“

Artikel 16 EB-VO installiert ein zweistufiges Beschaffungsverfahren, das mit der Leistungsbeschaffung nach Abs. 3 beginnt:

(3) Jeder Regelreserveanbieter, der am Beschaffungsverfahren für Regelleistung teilnimmt, reicht seine Regelleistungsgebote vor dem Zeitpunkt der Marktschließung für das Beschaffungsverfahren ein und kann diese vor diesem Zeitpunkt aktualisieren.

Daran schließt sich der Regelarbeitsmarkt an, an dem erfolgreiche Anbieter, die Regelleistung bereitstellen, teilnehmen müssen:

(4) Jeder Regelreserveanbieter mit einem Vertrag über die Bereitstellung von Regelleistung übermittelt seinem Anschluss-ÜNB Regelarbeitsgebote [...], die hinsichtlich des Volumens, der Produkte und anderer Anforderungen seinem Vertrag über die Bereitstellung von Regelleistung entsprechen.

Diese für jeden zustande gekommenen Regelleistungs-Vertrag bestehende Pflicht zur Abgabe eines Regelarbeitsgebotes ist nur dann verständlich, wenn die Regelleistungsangebote keinen Regelarbeitspreis umfassen. Sonst würde das Pflichtangebot für Regelarbeit den im Regelleistungsangebot genannten Arbeitspreis ersetzen und ihn sinnlos machen.

Daneben können am Regelarbeitsmarkt auch alle anderen Anbieter teilnehmen:

(5) Jeder Regelreserveanbieter kann seinem Anschluss-ÜNB Regelarbeitsgebote für Standardprodukte oder spezifische Produkte [...] übermitteln, wenn er das entsprechende Präqualifikationsverfahren [...] erfolgreich durchlaufen hat.

Abs. 6 bestimmt, dass der Vertrag über die Regelleistung keinen Preis für Regelarbeit fixieren darf:

(6) Der Preis der Regelarbeitsgebote [...] für Standardprodukte und spezifische Produkte gemäß Absatz 4 darf in einem Vertrag über die Bereitstellung von Regelleistung nicht vorab festgelegt werden.[...]

Diese Regelung ist in erster Linie dann einleuchtend, wenn die Regelleistungsangebote keinen Regelarbeitspreis umfassen. Alternativ müsste der Regelarbeitspreis eines Regelleistungsgebotes unverbindlich sein, was zum selben Ergebnis führt.

Sofern man nicht unmittelbar den Abs. 3 und 4 entnimmt, dass der Arbeitspreis kein Vergabekriterium sein kann, folgt spätestens aus Abs. 6 wegen der Unverbindlichkeit des im Regelleistungsgebot genannten Arbeitspreises, dass dieser kein Vergabekriterium sein kann. Zudem käme andernfalls hinzu, dass bei Einfluss des Arbeitspreises auf die Leistungsbeschaffung in den Regelleistungsgeboten durchweg der Arbeitspreis 0, oder gar unter 0, angeboten würde.